

nicht bzw. nicht transparent genug berichtet. Von den im Bericht genannten Unternehmen emittieren fünf B-Aktien und sind demnach für ausländische Investoren von Bedeutung. Dazu zählen Shanghai Chlor-Alkali Chemical Co., Shenzhen Great Ocean Shipping Co., Shenzhen Special Economic Zone Real Estate & Properties Group, Shenzhen China Bicycle Co sowie Hainan Dadonghai Tourism Center (Holdings) Co. (AWSJ, 17.6.99) -schü-

25 Banken müssen Filialnetz verkleinern

Als weiterer Schritt zur Reform des Bankensystems und zur Erhöhung der Effizienz wurden die Banken von der Zentralbank aufgefordert, ihre Filialnetze durch Schließung oder Fusionierung um 10-30% zu verkleinern. Für die einzelnen Filialen soll außerdem ein Mindestgeschäftsvolumen festgelegt, und Banken, die dies nicht erreichen, sollen geschlossen werden.

Auch die Aufsicht über die Banken soll verschärft werden. Es ist vorgesehen, daß in den Aufsichtsrat der Banken Vertreter aus dem Finanzministerium, der Rechnungsprüfungsbehörde, der Zentralbank und anderen Regierungsabteilungen aufgenommen werden. Aufgabe des Aufsichtsrates ist die Überwachung und Bewertung der wirtschaftlichen Entscheidungen des obersten Bankmanagements sowie der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der Bank. Weiterhin soll der Personalbereich in den Banken, insbesondere das System der öffentlichen Bediensteten und das Auswahlsystem für Manager, reformiert bzw. neu eingeführt und die Reformen bei der Bereitstellung von Wohnraum für Bankangestellte, der Renten und der medizinischen Leistungen vorangetrieben werden.

Die vier größten Staatsbanken weisen mit jeweils durchschnittlich 800 bis 1.000 Filialen ein enorm großes Filialnetz auf. Ihre Beschäftigtenzahl ist ebenfalls sehr hoch und beträgt zwischen 150.000 und 600.000 Arbeitskräfte. Mit der Verkleinerung des Filialnetzes durch Fusionierung und Schließung von Filialen wird eine Einsparung der Beschäftigtenzahl um 10-20% angenommen.

In diesem Jahr soll außerdem die Bankenaufsicht durch die Zentralbank entsprechend den Prinzipien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) weiter umgesetzt werden. Eine der Grundvoraussetzungen verlangt, daß die Banken eine angemessene Eigenkapitalquote haben, die mindestens 8% betragen soll. Die im letzten Jahr begonnene Rekapitalisierung der Banken stellt hierfür einen ersten Schritt dar. Ergänzend dazu sind die Neuklassifizierung der risikobehafteten Kredite und die Umstrukturierung des Netzes der Zentralbanknießerlassungen zu sehen, um die Kreditpolitik der Einflußnahme lokaler Behörden zu entziehen. (AWSJ, 15.6.99; SWB FE/D3554/CNS, 7.6.99; XNA, 4.6.99) -schü-

SVR Hongkong

26 Der Ständige Ausschuß des NVK entscheidet im Hongkonger Verfassungskonflikt: Auslegung des Basic Law zum Aufenthaltsrecht

Auf Antrag der Regierung der SVR Hongkong und nach Weiterleitung durch den Staatsrat der VR China hat der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK) entschieden, daß die Bestimmungen des Basic Law der SVR Hongkong zum Aufenthaltsrecht in den Artikeln 22 (4) und 24 (2) (3) in einem engen Sinne zu verstehen seien. Mit dieser Auslegung kommt der Ständige Ausschuß dem Wunsch der Hongkonger Exekutive entgegen, die Zuwanderung nach Hongkong in den nächsten Jahren strikt zu begrenzen (siehe C.a., 1999/5, S.472).

Im englischen Wortlaut der Auslegung (XNA, 27.6.1999) heißt es: Der Terminus „Chinese people in regions other than Hong Kong“ in Artikel 22 (4) bezieht sich auf „all people living in various provinces, autonomous regions and municipalities across China, including Chinese nationals who were born to permanent Hong Kong residents in the interior areas. All these people, if they, for whatever reasons, want to enter the HKSAR, must first

apply to the relevant departments in the places where they live, and wait for approval. And they will not be allowed to enter the HKSAR unless they hold valid papers issued by the relevant departments.“

Voraussetzung dafür, daß Kinder von Hongkongern („permanent Hong Kong residents“) ein automatisches Aufenthaltsrecht in Hongkong erhielten, sei, daß mindestens ein Elternteil schon zum Zeitpunkt der Geburt „permanent Hong Kong resident“ gewesen sei. Denjenigen Personen, die im Gefolge des Urteils des Obersten Hongkonger Berufungsgerichts vom 29. Januar schon das Aufenthaltsrecht erhielten, sollen aus der Auslegung durch den Ständigen Ausschuß des NVK keine Nachteile entstehen; für sie gelten weiterhin die Bestimmungen im Urteil des Obersten Berufungsgerichts.

Die Reaktionen in Hongkong auf die Veröffentlichung der Auslegung fielen unterschiedlich aus. In chinakritischen Kreisen und unter Juristen wurde die auf politischem Wege eingeleitete Revision eines Urteils, das von einem unabhängigen Hongkonger Gericht gefällt worden war, als möglicher Anfang vom Ende des rule of law in der Sonderverwaltungsregion kritisiert. In der Hongkonger Bevölkerung wurde die restriktive Auslegung des Aufenthaltsrechtes mehreren Umfragen zufolge hingegen begrüßt. (IHT, 28.6.1999) -hei-

27 Zehntausende Hongkonger nehmen an Kundgebung zum 4. Juni teil

Am Abend des 4. Juni haben auf dem Hongkonger Victoria-Platz zwischen sechzig- und siebzigtausend Menschen an einer Mahnwache für die Opfer des Militäreinsatzes 1989 in Beijing teilgenommen. Es handelte sich um die einzige größere Gedenkveranstaltung, die auf dem Territorium der VR China stattfinden konnte. In den Hongkonger Medien war zuvor ausgiebig und zum Teil sehr kritisch über die damaligen Vorgänge in der VR China berichtet worden.

Die Kundgebungen bestätigten die politische Sonderrolle Hongkongs innerhalb der VR China hinsichtlich

Meinungsfreiheit und Demonstrationsrecht. Die jährlichen Gedenkveranstaltungen zum 4. Juni sind in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen symbolischen Ereignis geworden, das die politischen Unterschiede zum chinesischen Festland vor Augen führt und Gelegenheit bietet, die in Hongkong gewährten politischen Freiheitsrechte unter dem Schutz der Weltöffentlichkeit zu nutzen. (IHT und NZZ, 5./6.6.1999) -hei-

28 Fast 1.000 Postgraduierte vom Festland in Hongkong

Derzeit studieren in Hongkong gut 14.900 Postgraduierte an Instituten, die vom University Grants Committee finanziert werden. Von diesen Postgraduierten kommen 962 vom Festland. Von dort dürfen Studenten bekanntlich erst nach Erlangung eines Hochschulabschlusses zwecks weiterer Qualifizierung ins Ausland gehen. Diese Regelung gilt offensichtlich auch für Hongkong, obwohl die SVR kein Ausland ist. Dennoch sind die Postgraduierten vom Festland ihren Hongkonger Kommilitonen nicht gleichgestellt. So ist es ihnen nicht möglich, in Hongkong einen Reisepaß zu beantragen, wenn sie z.B. Konferenzen im Ausland besuchen oder an anderen Austauschprogrammen teilnehmen wollen. Bislang ist es erforderlich, daß sie in ihren Heimatort zurückkehren, um dort einen Paß zu erhalten. Häufig ist es dann für eine Konferenzteilnahme zu spät. Dies hat den Unmut der festländischen Postgraduierten hervorgerufen, so daß nun erwogen wird, die Vergabe von Reisepässen für solche Fälle durch eine Festlandorganisation wie z.B. die Xinhua-Nachrichtenagentur vornehmen zu lassen. (Vgl. SCMP, 31.5.99) -st-

29 Praktika auf dem Festland beliebt

Immer mehr Hongkonger Studenten bewerben sich in den Sommerferien um einen Praktikumsplatz auf dem Festland. Sie hoffen, auf diese Weise ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. In diesem Jahr bewarben sich an der Chinese University 580 Studenten um 200 Praktikumsplätze. Wie es von seiten der Universität

heißt, sind Absolventen mit Erfahrungen auf dem Festland bei der Arbeitssuche im Vorteil. Dabei wird nicht erwartet, daß die Absolventen gleich nach dem Examen auf dem Festland arbeiten. Viele arbeiten erst zwei bis drei Jahre in Hongkong und werden dann aufs Festland geschickt, wo sie Aufgaben im mittleren Management übernehmen. Manche gehen auch gar nicht aufs Festland, sind aber mit ihren Festlanderfahrungen dennoch bei Firmen willkommen, die mit China Verbindungen haben. Die Studenten gehen im Rahmen von gesponserten Praktika für 6-12 Wochen in festlandchinesische Unternehmen, wo für ihren Lebensunterhalt gesorgt wird. Zusätzlich erhalten sie ein kleines Taschengeld. (Vgl. SCMP, 31.5.99) -st-

30 Hongkong will Tourismus weiter ausbauen

Im Juni d.J. fand in Hongkong die 13. Internationale Tourismusausstellung (International Travel Expo Hong Kong 99) statt. Aus rd. 50 Ländern und Regionen waren rd. 500 Tourismusunternehmen zu dieser viertägigen Messe nach Hongkong gekommen. Auch Singapur, Thailand, die Philippinen und Neuseeland, die 1998 nicht teilgenommen hatten, waren in diesem Jahr in Hongkong vertreten. Zu den neuen Teilnehmern zählten Oman, Rußland und Lybien. Den größten Ausstellungspavillon stellte die VR China. (XNA, 11.6.99)

Während einer Ansprache bei der Eröffnungszeremonie kündigte Stephen Ip, Leiter der Hongkonger Wirtschaftsbehörde, die Zusammenarbeit der Regierung mit der Hong Kong Tourist Association und der Tourismusindustrie mit dem Ziel an, die langfristige Entwicklung des Tourismus in Hongkong zu fördern. Ip wies darauf hin, daß sich die Bewertung Hongkongs als gewünschtes Reiseziel nach der im März 1998 begonnenen Kampagne (Hong Kong City of Life) in Japan von 40 Prozentpunkten auf 62 Prozentpunkte verbessert habe. Von der neuen Marketingkampagne (Discover Hong Kong), die das Spektrum des Tourismus hinsichtlich Einkaufsmöglichkeiten, Essen und Besichtigungen aufzeigt, verspricht sich Ip eine weitere Unterstützung des Touris-

mus.

Um mehr Touristen anzuziehen, will Hongkong - Ip zufolge - die Sehenswürdigkeiten weiter ausbauen. Dazu zählt u.a. der geplante Bau einer Seilbahn auf der Insel Lantau. Für den Ausbau des Ocean Park wurde ein Kredit in Höhe von 500 Mio. HK-Dollar (64 Mio. US\$) zur Verfügung gestellt. Weiterhin wurden die Gespräche um die Einführung eines Walt Disney-Parks in Hongkong intensiviert. Für die Ausrichtung von 50 internationalen Veranstaltungen in Hongkong hat die Regierung Mittel in Höhe von 100 Mio. HK-Dollar vorgesehen.

Als tourismusfördernde Maßnahme gilt auch die Vereinfachung der Einreisebestimmungen nach Hongkong. Aus mehr als 170 Ländern und Regionen können die Touristen inzwischen ohne Visum einreisen. (XNA, 11.6.99)

Für die aktuelle und zukünftige Entwicklung des Tourismus sind Besucher von Festlandchina von zunehmender Bedeutung. Im letzten Jahr belief sich die Besucherzahl bereits auf 2,6 Mio. und lag damit höher als die Zahl der Besucher aus Japan. Mit 1,8 Mio. kamen die meisten Reisenden aus geschäftlichen Gründen; 800.000 Besucher reisten als Touristen ein.

Gegenüber 1997 stieg die Besucherzahl aus China um 13,1% im Jahre 1998 und erreichte einen Anteil von 27%. In den ersten drei Monaten d.J. überstieg die Zahl der Touristen vom Festland die Millionengrenze und stellte rd. ein Drittel aller Besucher Hongkongs. Für das gesamte Jahr wird mit einem Anstieg der festlandchinesischen Touristen auf 2,9 Mio. gerechnet.

Der Tourismus in umgekehrter Richtung ist in den letzten Jahren ebenfalls gestiegen. Im Durchschnitt hat jeder Hongkonger im letzten Jahr das Festland vier bis fünf Mal besucht. (XNA, 11.6.99) -schü-

31 Fusion von Wertpapier- und Terminbörse geplant

In Hongkong planen die Wertpapier- und die Terminbörse einen Zusammenschluß, um damit international wettbewerbsfähiger zu werden. In die Fusion sollen sowohl die Stock Exchange of Hong Kong (SEHK),

die Hong Kong Futures Exchange (HKFE) als auch die drei Clearinghäuser Hong Kong Securities Clearing Corp., das Stock Option Clearing House und das Hong Kong Futures Exchange Clearing House einbezogen werden.

Mit der Fusion verbinden die Brokerhäuser die Erwartung, daß einerseits die überkommene britische Clubmentalität der Börse durch internationale Standards verdrängt wird und andererseits durch ein Listing eigener Aktien Kapital für die dringend notwendige Modernisierung aufgebracht werden kann. So ist geplant, bis Mitte des kommenden Jahres ein neues Handels- und Clearingsystem einzuführen, das einen 24stündigen Handel mit Wertpapieren und Derivaten erlaubt. Das neue System, das auch internettauglich ist, soll privaten Investoren ebenfalls den Zugang zur Börse ermöglichen.

Die Fusion soll in Form eines Aktien-tausches beider Börsen durchgeführt werden. Allerdings ist die Frage der Bewertung der Fusionspartner noch nicht abgeschlossen und wirft noch einige Fragen auf. (HB, 17.6.99) So wurde nach Berechnungen von Morgan Stanley als Berater der Terminbörse ein Anteil für die Terminbörse bei der Fusion in Höhe von 47,8% festgelegt. Merrill Lynch dagegen, die Berater der Wertpapierbörse sind, gehen von einem geringeren Anteil der Terminbörse und damit von einem höheren Anteil der Wertpapierbörse aus, da dieser den tatsächlichen Wert der Wertpapierbörse, ihre strategische Position und zukünftige Möglichkeiten ausreichend berücksichtigen müßte. (FT, 1.7.99) -schü-

Macau

32 Volkskongreß verabschiedet Garnisonsgesetz

Auf der 10. Tagung des Ständigen Ausschusses des IX. NVK wurde das „Gesetz der VR China über die Stationierung von Truppen in der SVR Macau“ verabschiedet. (XNA, 29.6.99; vollständiger Text in RMRB, 30.6.99)

Die Stationierung von Truppen ist immer Gegenstand von Kontroversen zwischen der chinesischen und der portugiesischen Seite gewesen. Auf der 3. Plenartagung des Vorbereitungskomitees für die Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM) am 18. September 1998 hatte der stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende des NVK - Vorbereitungskomitees für die SVRM, Qian Qichen, im Namen der Zentralregierung in Beijing bekanntgegeben, daß die Volksbefreiungsarmee am 20. Dezember 1999 in Macau Truppen stationieren würde. Die portugiesische Seite verwies auf die „Gemeinsame Erklärung der Regierungen der VR China und der Republik Portugal zur Macau-Frage“ vom 13. April 1987, die im Gegensatz zu der Sino-Britischen Erklärung über die Rückgabe Hongkongs keine Stationierung von Truppen nach der Übergabe erwähnt. Es heißt darin lediglich, daß die Zentralregierung nach der Übergabe für die nationale Verteidigung Macaus verantwortlich sei. Portugal hatte seine Truppen 1975 nach der „Nelkenrevolution“ abgezogen.

Die sechs Kapitel (mit 30 Artikeln) des Gesetzes umfassen allgemeine Prinzipien, die Verpflichtung der Truppen, die Beziehungen zwischen den Truppen und der Regierung der SVR Macau, die Pflichten und Disziplin des Truppenpersonals sowie die rechtliche Zuständigkeit und schließlich Ergänzungsbestimmungen. Die Garnison steht unter dem Befehl der Zentralen Staatlichen Militärkommission (Kap.1, Art.2). Die Truppen haben die Pflicht, jedwede Aggression zu verhindern und abzuwehren sowie die Sicherheit der SVRM zu schützen (Kap.2, Art.6). Die Regierung der SVRM kann die Zentralregierung im Notfall ersuchen, die Truppen anzuweisen, bei der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu helfen und Katastrophenhilfe zu leisten (Kap.3, Art.14). Diesem Artikel kommt große Bedeutung zu, sehen doch viele Bewohner Macaus angesichts der eskalierenden Triadenkämpfe in den letzten Jahren in der Truppenstationierung einen wichtigen Abschreckungsfaktor. Die Regierung in Beijing kommt für die Kosten der Garnison auf (Kap.1, Art.5), während die Regierung der SVRM das von den Truppen genutzte Land ko-

stenlos zur Verfügung stellt (Kap.3, Art.13). Das Personal muß den Gesetzen der SVRM und den nationalen Gesetzen Folge leisten (Kap.1, Art.4, und Kap.4, Art.16); es hat die Verwaltungsorgane der SVRM sowie das gesellschaftliche System und die Lebensweise in der Region zu respektieren (Kap.4, Art.16). Der Ständige Ausschuß des NVK hat das alleinige Recht zur Interpretation dieses Gesetzes (Kap.6, Art.29). Das Gesetz tritt am 20. Dezember 1999 in Kraft. -ljk-

33 Neue Entwicklungen im Rechtssystem

Macaus Oberster Gerichtshof hat ab 1. Juni 1999 die Befugnis der letzttrichterlichen Entscheidung (power of final adjudication). (XNA, 14.4.99) Gerichtspräsident Manuel Antonio Madura gab am 12. April bekannt, daß die portugiesische Regierung den Gerichtshof dazu bevollmächtigt habe.

Ähnlich wie in Hongkong vor der Übergabe 1997 gibt es auch in Macau eine Kontroverse über die Einsetzung des Obersten Berufungsgerichts (Court of Final Appeal). Wahrscheinlich mit Blick auf die stockenden Verhandlungen über dieses Thema warf Gouverneur Vasco Rocha Vieira am 21. Juni China „mangelndes Engagement“ bei der Behandlung der schwebenden Rechtsfragen vor. Portugal würde das Berufungsgericht gern vor der Übergabe einsetzen, während die chinesische Seite dafür den 20. Dezember vorsieht. Auch über die Zahl der Richter, die dem höchsten Gericht vorstehen werden, ist noch keine Einigung erzielt worden. (FT, 23.6.99) Die Hongkonger Sekretärin für Sicherheit, Regina Ip, die am 27. Juni Macau besuchte, erklärte, es bestehe kein Anlaß zu der Sorge, daß Beijing sich nach dem 20. Dezember in Macaus Rechtssystem einmischen werde. Sie bezog sich auf den Rechtskonflikt zwischen dem Obersten Gerichtshof Hongkongs und den Beijinger Organen über das Niederlassungsrechts von Kindern, deren Eltern nicht beide in Hongkong wohnen. Frau Ip hielt eine Wiederholung dieser Situation in Macau für unwahrscheinlich. Ihr Gesprächspartner Manuel Monge, Macaus Untersekretär für öffentliche Sicherheit, teilte ihre Ansicht. Die Gesetzgebung, die am 20.